Dokument : die PdA zur Ökumenischen Versammlung "Frieden in Gerechtigkeit"

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **83 (1989)**

Heft 9

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-143497

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die PdA zur Ökumenischen Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit»

Was im konziliaren Prozess «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» noch weitgehend fehlt, ist die Politik, die den Dialog mit den Kirchen aufnimmt. Die wenigen lobenswerten Ausnahmen kommen aus dem linken Spektrum. SPS und SPD zum Beispiel unterstreichen ihre Dialogbereitschaft in einem gemeinsamen Papier zur Basler Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit», das in der «Roten Revue» (Nr. 5/1989) nachzulesen ist. Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, hat auch die PdA aus Anlass dieser Versammlung den Christinnen und Christen die Zusammenarbeit angeboten. In der Meinung, dass wir «neues Denken» nicht nur in der Ferne suchen sollten, wenn es auch im eigenen Lande sich ereignet, dokumentieren wir diese Stellungnahme. Red.

Vom 15. bis 21. Mai 1989 findet in Basel die «Europäische Ökumenische Versammlung Frieden in Gerechtigkeit» statt. Im Arbeitsdokument, welches den Delegierten dieser Versammlung vorliegt, heisst es unter anderem:

«Wir sind zunehmend mit immer stärker ineinander verflochtenen Problemen konfrontiert, die das Überleben der Menschheit gefährden und eine globale Krise verursachen. Diese Probleme sind unter den Begriffen Frieden, Gerechtigkeit und Natur erfasst. Die Einsicht wächst, dass sie eng zusammenhängen und dringend gelöst werden müssen. Wenn nicht bald tiefgreifende Veränderungen vorgenommen werden, wird sich diese Krise in den nächsten Jahren verschärfen.» Und weiter wird ausgeführt: *«Wir suchen den Dialog mit allen, die unsere Betroffenheit und Sorgen teilen. Der Weg in eine gesicherte Zukunft kann nur in gemeinsamer Verantwortung gefunden werden. Dies sagen wir, obwohl unser Engagement seinen Grund darin hat, dass wir an Jesus Christus glauben.»*

Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) fühlt sich mit diesem Aufruf zum Dialog angesprochen. Wir teilen die grundsätzliche Einschätzung der globalen Probleme, welche die Gegenwart und die Zukunft der Menschheit bedrohen. Auch wir sind der Ansicht, dass die Lösungen dieser Probleme die Zusammenarbeit verschiedenster sozialer Kräfte aller gesellschaftlichen Systeme erfordert. Das Engagement für eine solche «Koalition der Vernunft» ist daher seit längerem eine der Prioritäten unserer Politik.

In dieser Perspektive streben wir auch eine engere Zusammenarbeit mit Christinnen und Christen an, welche sich für eine solidarische Gesellschaft des Friedens engagieren. Von unserer Seite stehen einer solchen gemeinsamen Praxis keinerlei prinzipiellen Hindernisse entgegen. Dies zeigt sich unter anderem schon daran, dass in unserer Partei auch Christinnen und Christen mitarbeiten, welche ihre religiöse Überzeugung mit einer marxistischen Gesellschaftsanalyse und der daraus begründeten Politik einer kommunistischen Partei in Einklang sehen.

Wir betrachten eine christliche Praxis, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung engagiert, nicht als «Opium des Volkes». Wir sehen darin im Gegenteil eine vorwärtsweisende Vermittlung von Utopie und historischem Prozess. Wir sind uns bewusst, dass heute in vielen Ländern eine christliche Praxis lebendig ist, die auf die Befreiung des realen Menschen zielt und damit unserer – auf anderer weltanschaulicher Grundlage beruhenden – Perspektive eines Reichs der Freiheit, in dem jeder Mensch nach seinen Bedürfnissen leben kann, eng verwandt ist.

Wir beantworten deshalb den Aufruf der Europäischen Ökumenischen Versammlung Frieden in Gerechtigkeit mit dem Angebot einer gemeinsamen Praxis. Wir laden insbesondere die schweizerischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Zusammenarbeit ein. Deshalb wird es darum gehen müssen, hier in der Schweiz konkrete Beiträge zur Überwindung der globalen Probleme zu erbringen. Wir stehen vor der gemeinsamen Aufgabe, eine am kurzfristigen Profit orientierte Ökonomie in eine Wirtschaft des Friedens zu verwandeln, die in Einklang mit Mensch und Natur steht. Wir haben dazu in der Resolution unseres 13. Parteitages vom März 1987 konkrete Vorschläge unterbreitet, an deren Verwirklichung wir arbeiten und die wir als Ansatzpunkte einer gemeinsamen Praxis zur Diskussion stellen.

Genf, am 6. Mai 1989

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Religiöser Sozialismus heute

«Wir erkannten im Sozialismus ein wunderbares Auftauchen der alten Gottesreichsgedanken. Wir betrachteten ihn im Lichte unserer religiösen Hoffnung... Und wenn alle vorhandenen sozialistischen Programme falsch wären und alle sozialistischen Parteien zusammenbrächen, wir würden nun, nachdem wir diese Wahrheit einmal geschaut haben, trotzdem und erst recht im Namen Gottes und Jesu Christi den Sozialismus verkündigen.» Das sind Ragazsche Sätze aus dem Jahr 1922[1], die vielleicht erst heute ihre volle Aktualität erlangen. Es scheint tatsächlich, als würden «alle sozialistischen Parteien» entweder zusammenbrechen oder aber ihre «Programme» aufgeben, sie als «falsch» denunzieren. Der Marxismus wird bis zur Unkenntlichkeit entstellt oder gleich ganz über Bord geworfen. Der «Sozialdemokratismus», den kommunistische Parteien eben noch als «revisionistisch» verwarfen, gilt ihnen nun plötzlich als Vorbild. Gewiss gibt es Ausnahmen. Soweit sie sich nur mit Gewalt aufrechterhalten lassen, sind sie allerdings der Rede nicht wert. Soweit sie in der Dritten Welt unorthodox und undogmatisch sich entwickeln, werden sie kaum beachtet. Ja, es könnte der fatale Eindruck entstehen, als wäre die Dritte Welt im Sozialismus, auch im real existierenden, kein Thema mehr, als kämen die «Verdammten dieser Erde» unter die Räder der «Marktwirtschaft», deren Lobpreis nun in Ost und West gleichermassen gesungen wird.

Ist das nicht die Stunde des Religiösen Sozialismus, der nun «trotzdem und erst recht im Namen Gottes und Jesu Christi den Sozialismus verkündigen» muss? Was aber heisst «im Namen Gottes und Jesu Christi», was «Sozialismus»? Und was bedeutet in diesem Zusammenhang die Erosion des «Marxismus»? Diese Fragen stellen sich auch im Blick auf das Grundsatzprogramm, an dem die fusionierte «Religiös-sozialistische Vereinigung/Christen für den Sozialismus» zur Zeit arbeitet.

Reich Gottes

Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten wählen heute wohl eine andere als die Ragazsche Sprache, wenn sie den Sozialismus theologisch begründen. Wir berufen uns zwar weiterhin auf das «Reich Gottes», sehen in diesem aber – gleich Ragaz – so wenig ein Dogma wie in der «Gottheit Christi»[2]. Es geht nicht um eine Wahrheit in der Form irrtumsfreier Sätze, sondern um eine Grundorientierung über die «neue Erde».